

6-Stunden-Arbeitstag - das Beispiel Göteborg

Vortrag am 17. Jänner, 10 Uhr



Daniel Bernmar

ist Vizebürgermeister, Berater für Altenbetreuung in Göteborg und Vorsitzender der Linkspartei im Gemeinderat. Als Mitglied einer feministischen Kommunalregierung, wollte er für ein modernes und gleichberechtigtes Gemeinwohl mit einem gesunden Arbeitsumfeld sorgen. Der Sechs-Stunden-Arbeitstag in der Altenbetreuung machte nicht nur die Arbeitnehmer/-innen gesünder und zufriedener, sondern hatte auch eine positive Wirkung auf die zu betreuenden Älteren.

Die Idee kam von der Linkspartei, welche eine Arbeitszeitverkürzung seit längerem forderte. Der Sechs-Stunden-Arbeitstag bei gleicher Bezahlung sollte die Arbeitslosigkeit senken und für eine gleichere Verteilung zwischen Arbeit und Kapital sorgen. Darüber hinaus ist er eine feministische Reform: Die kürzere Arbeitszeit lässt den Arbeitnehmern/-innen mehr Zeit, womit sich die Bedingungen für eine gleichere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit verbessern. Ein kürzerer Arbeitstag bedeutet auch, dass Teilzeitjobs zu Vollzeitjobs werden.

Gemeinsam mit den Sozialdemokraten und der Grünen Partei wurde der Versuch beschlossen, um zu zeigen, dass es möglich ist, mit Arbeitszeitverkürzung gute Ergebnisse zu erzielen. Das Experiment wurde in einem Altenheim durchgeführt und wissenschaftlich begleitet. Es wurden 15 neue Arbeitnehmer/-innen eingestellt, um die verkürzte Arbeitszeit zu kompensieren, und ein Kollektivarbeitsvertrag wurde zwischen der Stadt Göteborg und der Gewerkschaft „Kommunal“ abgeschlossen. Die erhobenen Daten wurden mit allen Krankenschwestern in Wohnheimen der Stadt Göteborg verglichen.

Der Befund nach 18 Monaten zeigt weniger Krankenstände und weniger gestresste Beschäftigte. Auch die Älteren fühlen sich besser betreut, weil die Beschäftigten mehr Zeit für sie haben. Die Kosten des Experiments belaufen sich auf eine Million Euro für 18 Monate. Dafür wurden 15 neue Arbeitsplätze geschaffen und die städtische Arbeitslosigkeit gesenkt. Dadurch reduzieren sich die öffentlichen Kosten um ca. 500.000 Euro.